

# Sächsische Volkszeitung

Er scheint täglich nachm. mit Ausnahme der Sonn- u. Festtage.  
Bezugspreis: Vierteljährl. 1 Mk. 50 Pf. (ohne Postgeb.).  
Post-Bezugsnummer 6858.  
Bei außerdeutschen Postanstalten laut Zeitungs-Preisliste.  
Einzelnummer 10 Pfennige.

**Unabhängiges Tageblatt  
für Wahrheit, Recht und Freiheit.**  
Buchdruckerei, Redaktion und Geschäftsstelle:  
Dresden, Pillniger Straße 43.

**Inserate**  
werden die 6 gespaltene Zeitspalte oder deren Raum mit 15 Pf.  
berechnet, bei Wiederholung bedeutender Rabatt.  
Redaktions-Sprechstunde: 11-1 Uhr.  
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1366.

Nr. 277.

Katholiken: Sabbat.

Sonnabend, den 5. Dezember 1903.

Protestanten: Amos.

2. Jahrgang.

## Die Eröffnung des Reichstags

vollzog sich heute in der festgesetzten Weise. Nach dem Gottesdienste in der katholischen Hedwigskirche und der protestantischen Dom-Interimskirche fanden sich die Abgeordneten sehr zahlreich im Weißen Saale des königlichen Schlosses ein, namentlich waren alle parlamentarischen Kreislänge vertreten. Die Sozialdemokraten fehlten natürlich. Da der Gottesdienst in der protestantischen Kirche sich länger hinzog, war es nahezu 1 1/2 Uhr geworden, bis die Eröffnung beginnen konnte. Auf der rechten Seite entfiel eine Bewegung. Der Reichskanzler erscheint mit den Staatssekretären und einigen preussischen Ministern, die Bundesratsbevollmächtigten fehlen nahezu alle. Graf Bilow verliest die Thronrede, die folgenden Wortlaut hat:

„Geehrte Herren! Se. Majestät der Kaiser haben mich zu beauftragen geruht, Sie in Seinem und der Verbündeten Regierungen Namen am Beginne der ersten Tagung der neuen Legislaturperiode willkommen zu heißen. Se. Majestät vereinigen sich mit Seinen hohen Verbündeten in dem Wunsche, daß es Ihnen gelingen möge, die wichtigen und schwierigen Fragen, die auf den verschiedenen Gebieten der Reichsverwaltung an Sie herantreten werden, in einmütigen Zusammenwirken mit den Regierungen zu gedeihlicher Lösung zu bringen. Auch haben Se. Majestät mich beauftragt, Seinen Kaiserlichen Dank auszusprechen allen, die an Seinem Leiden und an Seiner Heilung einen Seinem Herzen wohlthuenden Anteil genommen haben.“

Der wirtschaftliche Druck, der seit mehreren Jahren auf allen Staaten mit hochentwickelter Industrie lastet und auch gegenwärtig noch nicht ganz überwunden ist, hat auch auf die Finanzen des Reiches seine ungünstigen Einwirkungen ausgeübt. Trotz sparsamster Verneinung der Ausgaben muß zur Herstellung des Gleichgewichts im Reichshaushaltsetat neben der Heranziehung der Bundesstaaten zu ungedeckten Matrikularbeiträgen wiederum auf die Anleihe zurückgegriffen werden. Das Bedürfnis einer besseren Ordnung der Reichsfinanzen und des finanziellen Verhältnisses zwischen dem Reiche und den Einzelstaaten hat sich immer mehr geltend gemacht. Wenn auch eine durchgreifende organische Reform zur Zeit noch nicht erfolgen kann, so soll sie doch einstweilen durch Verrückung der bestehenden größten Uebelstände wenigstens angebahnt werden. Zu diesem Zwecke wird dem Reichstage ein Gesetzentwurf betreffend die anderweitige Ordnung des Finanzwesens des Reiches zugehen.

Auf dem Gebiete des Heerwesens soll zunächst die Verlängerung des mit dem 31. März 1904 ablaufenden Gesetzes betreffend die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres vom 25. März 1899 um ein Jahr vorgeschlagen werden. Es ist ferner allseitig als dringendes Bedürfnis anerkannt worden, das Versorgungsweisen für die Offiziere und Mannschaften des Reichsheeres den derzeitigen Lebens- und Erwerbsverhältnissen entsprechend gesetzlich neu zu regeln. Zwei Gesetzentwürfe, durch die auch die Versorgung der Offiziere und Mannschaften der Marine und der Schutztruppen auf gleicher Grundlage neu geordnet werden soll, werden Gegenstand der Beschlussfassung des Bundesrats sein.

Die sozialpolitische Gesetzgebung auf den in früheren Rundgebungen vorgezeichneten Grundlagen fortzuführen, den Bedürftigen erweiterte Fürsorge, den Schwachen erhöhten Schutz zu gewähren, sind die Verbündeten Regierungen — unbeeinträchtigt durch politische Strömungen — fest entschlossen. Sie geben sich der Hoffnung hin, in allen Kreisen volles Einverständnis dafür zu finden, daß durch das schnelle Anwachsen unserer Bevölkerung und durch die allgemeine Entwicklung unserer Verhältnisse die Tätigkeit der Regierungen und die Opferfreudigkeit des deutschen Volkes noch vor große Aufgaben gestellt sind, wenn wir den Anforderungen steigender Kultur gerecht werden sollen. — Durch eine besondere Vorlage ist den Verbündeten Regierungen vorgeschlagen, in Erfüllung eines weitverbreiteten Wunsches, Steitigkeiten der Handlungsgesellschaften aus ihrem Dienstverhältnisse vor einem durch sachkundige Beisitzer aus den Kreisen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer verstärkten Gericht in einem schleunigen Verfahren zum Austrage zu bringen.

Das Börsengesetz vom 22. Juni 1896 verfolgt in den Bestimmungen des Abschnitts 5 über den Börsenverkehr unter anderem das Bestreben, einer Ausnutzung des Börsenverkehrs zu wirtschaftlichen, insbesondere zu reinen Spielzwecken, entgegenzuwirken. Indessen haben sich unter dem Schutze einzelner Vorschriften des Gesetzes Mißbräuche herausgebildet, die Treu und Glauben verletzen und hierdurch den volkswirtschaftlich berechtigten und notwendigen Börsenverkehr empfindlich schädigen. Um diese Erscheinungen zu beseitigen, wird eine Aenderung jenes Gesetzesabschnittes zur Beratung gestellt werden. Im Anschluß hieran soll verhandelt werden, durch eine Aenderung der Reichs-Kampfgesetzgebung berechtigten Interessen des Börsenverkehrs entgegenzukommen. Dabei werden auch Unzuträglichkeiten

zu beseitigen sein, die sich im Gebiete dieser Gesetzgebung in anderer Richtung, insbesondere in bezug auf die Auspielungen, ergeben haben.

Bedeutendsterweise sind neuerdings in einem Teile der deutschen Rebgelände Schädlinge in einem Umfang aufgetreten, der für die Zukunft unseres Weinbaues zu schweren Besorgnissen Anlaß giebt. Die geltenden gesetzlichen Bestimmungen haben sich zur erfolgreichen Bekämpfung der drohenden Gefahr in manchen Punkten als unzulänglich erwiesen. Es wird daher eine Vorlage ausgearbeitet, die den Behörden schärfere Waffen in die Hand geben soll, um auf diese Weise jenen kostbaren Zweig der deutschen Landwirtschaft vor großem Unheil zu bewahren.

In Erfüllung eines alten Wunsches, der vom Reichstag in früheren Legislaturperioden wiederholt ausgesprochen worden ist, verhandelt der Bundesrat über einen Gesetzentwurf, der die Frage eines gesetzlichen Entschädigungsanspruches für unschuldig erlittene Unterjochungshaft zu regeln bestimmt ist. — Die wirtschaftliche Erschließung unserer Schutzgebiete hängt davon ab, daß es gelingt, sie mit leistungsfähigen Verkehrsmitteln auszustatten. Besonders dringlich ist dies für die Entwicklung von Deutsch-Ostafrika. Es besteht die Absicht, den schon dem letzten Reichstage vorgelegten Gesetzentwurf über die Zinsgarantie für eine Bahn für Dar-es-Salam nach Mrogoro, nachdem dieser Entwurf wiederholter Prüfung unterzogen worden ist, mit einigen Aenderungen ihm zur Beschlussfassung von neuem zu unterbreiten.

Auf Grund des im Vorjahre aufgestellten neuen Zolltarifes sind mit mehreren Staaten des europäischen Kontinents Unterhandlungen wegen Neugestaltung der bestehenden Handels- und Tarifverträge eingeleitet worden. Bei der gegenwärtigen Sachlage erscheint es zweckmäßig, die bisherigen Grundlagen für die Regelung des handelspolitischen Verhältnisses zum britischen Reiche einstweilen beizubehalten. Es wird Ihnen deshalb der Entwurf eines Gesetzes zugehen, das dem Bundesrat über den 31. Dezember dieses Jahres hinaus die Verfügung zur weitestbegünstigten Behandlung britischer Angehöriger und Erzeugnisse beilegt.

Das Deutsche Reich unterhielt zu allen fremden Mächten gute und freundliche Beziehungen. In der schwierigen mazedonischen Frage, welche die europäische Diplomatie in der letzten Zeit am meisten beschäftigt, stehen deutsche Interessen erst in zweiter Linie. Die Regierung Sr. Majestät des Kaisers hat aber an ihrem Teile mitgewirkt, um ersteren Entwicklungen tustlich vorzubeugen und zum Erfolge der Bestrebungen der nächstbeteiligten Mächte für ruhige und geordnete Zustände in Mazedonien beizutragen. Se. Majestät der Kaiser hat zu Seiner Freude auch in diesem Jahre mit Seinen hohen Verbündeten in Rom und Wien und mit dem befreundeten Herrscher des römischen Reiches in persönlichem Gedankenaustausch treten können. Dabei ist der Wunsch und die Hoffnung aufs neue befestigt worden, daß der Friede, das größte Gut für die Wohlfahrt der Völker, auch ferner vor gefährlichen Störungen bewahrt bleibe.

Geehrte Herren! Sie stehen im Begriff, Ihre bedeutenden und verantwortungsvollen Arbeiten aufzunehmen. Mächten ihre Verhandlungen dazu beitragen, den friedlichen Ausgleich bestehender Gegensätze zu fördern, die wirtschaftliche Lage des deutschen Volkes mehr und mehr zu bessern und des Reiches Macht und Ansehen zu unser aller Wohl zu heben und zu stärken. Auf Allerhöchsten Befehl Sr. Majestät des Kaisers erkläre ich im Namen der Verbündeten Regierungen den Reichstag für eröffnet.“

Die Berlesung wird lautlos und ohne jede Rundgebung vonseiten des Reichstags angehört. Der alte Jentensveteran Geheimerat Rintelen bringt das Kaiserhoch aus, in das die Versammlung lebhaft einstimmte. Sodann ist der Akt vorüber.

Die Thronrede selbst ist sehr einfach, trocken und rein geschäftsmäßig gehalten; an keiner Stelle nimmt sie einen höheren Schwung an. Auch nahezu keinerlei Neugierigkeiten erfährt man; der ganze Inhalt stand seit acht Tagen in der Presse. Nur zwei Stellen können als neu bezeichnet werden. Die Kaufmannsgerichte sollen nun doch in dieser Session vorgelegt werden; in den letzten Tagen hieß es, daß man seitens des Bundesrates Bedenken trage, diese Landesgerichte zu gewähren. So wesentlich diese Ankündigung ist, so wenig Sympathie dürfte die andere Neuheit finden: die ostafrikanische Bahn von Dar-es-Salam nach Mrogoro soll wieder den Reichstag beschäftigen. Nachdem uns Klautschon so viel Geld kostet, wird nicht viel Reizung vorhanden sein, hier wieder in die Laidje zu greifen. Von diesen beiden Gesichtspunkten abgesehen, bewegt sich die Thronrede in den alten Bahnen. Die Ankündigung des Defizites ist der erste Gegenstand der eigentlichen Thronrede; von der Reichsfinanzreform soll nur ein Stück dem Reichstage zugehen; dieser aber wird sicher darauf beharren, daß ihm sofort der ganze Plan entfällt wird. Mit Silikoverd ist hier gar nichts anzufangen; der angekündigten „Beseitigung der bestehenden größten

Mißstände“ kann man mit Interesse entgegensehen. Es dürfte sich hier wohl um einen anderen Verteilungsmaßstab für Aufbringung der Matrikularbeiträge handeln.

Die Militärvorlage ist nur ein Jahr zurückgestellt; aber das neue Servisklassengesetz ist eine Militärvorlage im Kleinen und wird viele Tausende Ausgaben im Gefolge haben. Der Passus über die Weiterführung der sozialpolitischen Gesetzgebung enthält die einzige Anspielung auf den Ausfall der Wahlen; denn in der Sozialpolitik soll marschiert werden „unbeeinträchtigt durch politische Strömungen“. Das mag sowohl den Sozialdemokraten gelten, die da meinen, sie seien der Hochdruck für Sozialreform; es mag auch den Manchesterleuten dienen, welche angesichts des Anwachsens der sozialdemokratischen Stimmen erklären: „Alle Sozialreform hat keinen Wert; die Arbeiter werden doch sozialdemokratisch“. Der Börsenvorlage ist auffallend viel gewidmet. Die Bekämpfung der Reblauskrankheit will die Regierung schärfer in die Hand nehmen. Die Betonung der friedlichen Absichten des Reiches wie die Erinnerung an die Kaiserreisen nach Rom und Wien und die Kaiserzusammenkunft in Wiesbaden werden im deutschen Volke gerne vernommen werden. Ueber Mazedonien ist eine sehr zurückhaltende Äußerung ausgesprochen; deutsche Interessen stehen dort erst in „zweiter Linie“ und hiernach will die deutsche Diplomatie handeln, im Einverständnis des gesamten deutschen Volkes.

Nun hat der Reichstag das Wort; mögen seine Arbeiten einen guten Erfolg haben.

## Böswillig.

Im „Leipziger Tageblatt“ lesen wir:

„Wie der „Frankf. Ztg.“ privatim aus Rom mitgeteilt wird, soll der plötzliche Tod des Bischofs Anzer durch Gemütsbewegung entstanden sein, wenigstens versichern Geistliche des deutschen Campo santo, Anzer, der schon lange unter gewissen Verfolgungen zu leiden gehabt habe, wahrscheinlich weil er zu deutschfreundlich gewesen sei, habe vergebens Unterstützung beim Vatikan gesucht, wo man seinen Plan, eine deutsche höhere Schule in seinem Bistum zu gründen, nicht gern gesehen habe. Als ihn aber der Kardinalstaatssekretär Merry del Val sehr kühl aufgenommen und ihm runderweg erklärt habe, daß er nie mehr zu seinem Posten zurückkehren werde, habe ihn das zu hart getroffen.“

Daraus ist zu entnehmen, daß Bischof Anzer von seinem Posten abberufen worden sei, weil er dem Vatikan zu deutschfreundlich war; darüber brach ihm das Herz. Und diesen erlogenen Schwundel sollen „Geistliche des deutschen Campo santo“ ausgeplaudert haben! Die ganze Wäre hat den Zweck, die jetzige politische Richtung innerhalb der päpstlichen Residenz als deutsch-feindlich hinzustellen. Wir erwarten mit Zurecht, daß der gesamte liberale und bündesbeeinflusste Mütterwald das politisch-hässliche Lied der „Frankfurter“ aus Rom nachdraußen wird. Aber wir möchten da doch ein wenig an den gefunden Menschenverstand appellieren und fragen: Liegt auch nur der leiseste Verdacht vor, daß Papst Pius X. oder sein Staatssekretär Merry del Val deutschfeindlich seien? Liegt auch nur ein einziger Anhaltspunkt vor, daß die Geschichte wahr ist? Nein! Gerade gegenteilige Beweise liegen vor. Wozu also die ganz zwecklose Verheerung? Wir betonen es immer und immer wieder: Es geschieht nur, um durch den Andrang der irreführenden Massen einen Druck nach oben zur Katholikenfeindlichkeit auszuüben. Es liegt System, festes, unbarmerziges System in der Sache. Die Katholiken müssen widergetreten werden, damit der verachtete Liberalismus und Pastoralismus über deren Leiber zur verlorenen Höhe wieder emporstiegen kann. Ein Atheist soll einmal gesagt haben: „Verleumde nur fest drauf los, etwas bleibt doch hängen.“ Mit diesem Rezept arbeiten die spanischen und römischen Korrespondenten der „Frankfurter“ seit langer Zeit und die D. E. K., das Tageblatt, Gennepier, Alj. Hg. usw. kopieren das Gift weiter, weil ihr Katholikenhaß sie zwingt, lieber rot als katholisch zu werden, lieber einen neuen 30-jährigen Krieg heraufzubehaupten als zur Besche und Macht Deutschlands durch konfessionellen Frieden mitzuwirken.

Wenn wir, um nun einmal die Wäsche zu waschen, auch eine internere Angelegenheit anknüpfen, so sagen wir ehrlich und auf unser gutes Gewissen, daß wir das Blatt, welches wir im folgenden monieren; nicht zu der Sorte der Obigen rechnen. Doch zur Sache!

Im „Dresdner Anzeiger“, Antebal usw. lesen wir: „Konfessionskämpfe in Chile. Die „Bartburg“ schreibt: Deutsche gegen Deutsche im fremden Lande! Deutsche Katholiken, die am Sabbat eine evangelische Kirche klammern — das ist die neueste Erfindung, zu der es jehuitischer Fanatismus gebracht hat. Schon früher waren ähnliche Erfindungen zutage getreten. Unter der Führung eines „deutschen“ katholischen Priesters wollte war die Kolonie Ferno bei Zhanplay der wilden Kämpfe, bei denen sogar der von der Regierung eingeleitete Richter ermordet wurde. Die Kirche in Puerto Montt wurde bald nach ihrer Einweihung ein Raub der Flammen! Diesmal war es wieder die deutsche evangelische Kirche in Puerto Montt, die während der gottesdienstlichen Feier am 2. September zur größeren Ehre Gottes von einem fanatischen Dämon katholischer Deutscher gestürmt wurde! Schmach und Schande über die Kreaturen, die in solcher Weise ihr Deutschtum vor Romanen und Halbbländern schänden! Das volksfeindliche und hegerische Wirken der dortigen Jesuiten, die in Puerto Montt eine großartige Erziehungsanstalt besitzen, ist schon seit Jahren